

Migration bringt Wohlstand: Wie Ukrainer den Arbeitsmarkt erobern!

Migration erreicht Rekordniveau in der EU, treibt das Wirtschaftswachstum an und bringt Herausforderungen für Ressourcen und Integration mit sich.

EU, Europa - Die Diskussion um Migration hat in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen, insbesondere in der Europäischen Union. Während viele Menschen in ihrem Alltag wenig direkt mit Zuwanderung zu tun haben, ist das Thema als politisches Anliegen omnipräsent. Nach einer Umfrage des Eurobarometers ist Migration das zweitgrößte Sorgen-Thema in Europa, nach dem Ukrainekrieg. Die Regierungen bemühen sich, sowohl unerwünschte Zuwanderer abzuhalten als auch notwendige Fachkräfte zu gewinnen. Eine neue Studie des Internationalen Währungsfonds (IWF) beleuchtet die ökonomischen Auswirkungen der letzten Migrationswelle und kommt zu einem positiven Ergebnis.

Im Jahr 2022 erreichte die Migration in die EU ein Rekordhoch von 6,5 Millionen Personen, davon rund vier Millionen aus der Ukraine. Dieser Anstieg führte zu einem Zuwachs von 1,4 Prozent der Bevölkerung, was einen signifikanten Anstieg im Vergleich zu den Flüchtlingswellen von 2015/2016 darstellt. Der IWF stellt fest, dass mit mehr Menschen eine höhere Nachfrage und ein größeres Arbeitsangebot einhergehen, wodurch die positiven Effekte der Zuwanderung über die damit verbundenen Kosten hinausgehen.

Integration der Ukrainer in den Arbeitsmarkt

Ein bemerkenswerter Aspekt der aktuellen Migrationswelle ist die Geschwindigkeit, mit der Ukrainer in den Arbeitsmarkt integriert werden. Im Vergleich zu früheren Flüchtlingsströmen gelang es vielen, rasch eine Beschäftigung zu finden. Die hohe Nachfrage nach Arbeitskräften in der EU spielte hierbei eine entscheidende Rolle. Darüber hinaus erhielten viele Ukrainer schnell die Erlaubnis zur Arbeitsaufnahme. Die OECD berichtet, dass die Beschäftigungsquote der Ukrainer in den EU-Ländern zwischen 60 Prozent in Polen und unter 20 Prozent in Italien variiert. Dies sind Werte, die gewöhnlich erst nach einer längeren Aufenthaltsdauer von fünf Jahren und mehr erreicht werden.

Diese Entwicklung führte dazu, dass die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter in der EU stieg. Während 2021 noch ein Rückgang um 265.000 Personen zu verzeichnen war, stieg die Zahl 2022 um 838.000. Laut IWF wurde dieser Anstieg vor allem durch die Zuwanderung ausgeglichen, was den extremen Bedarf an Arbeitskräften teilweise befriedigte. Fast zwei Drittel der zwischen 2019 und 2023 neu geschaffenen Stellen wurden von Migranten besetzt, während die Arbeitslosenquote unter EU-Bürgern auf historische Tiefststände sank.

Wirtschaftswachstum durch Zuwanderung

Mit mehr Menschen im Arbeitsmarkt sind auch die wirtschaftlichen Perspektiven gestiegen. Die Produktivität der Migranten spielt dabei eine große Rolle. Obwohl viele Migranten überqualifiziert sind und in Berufen tätig sind, die unter ihrem Bildungsniveau liegen, haben sie dennoch einen erheblichen positiven Einfluss auf das Wachstum der EU-Wirtschaft. Der IWF schätzt, dass trotz einer hypothetischen geringeren Produktivität von Migranten das zusätzliche Wachstum durch die Zuwanderung von 2020 bis 2023 das Potenzialwachstum bis 2030 um rund 0,5 Prozentpunkte jährlich erhöht.

Doch Migration bringt auch Herausforderungen mit sich. Die Anfangskosten sind real, und der IWF schätzt sie auf 0,2 Prozent

der EU-Wirtschaftsleistung – wesentlich niedriger als die durch Migration gestiegenen Einnahmen. Die langfristigen Auswirkungen hängen stark von der Integration der Migranten in den Arbeitsmarkt ab.

Es gibt auch kritische Stimmen, die besagen, dass Migranten als Lohndrücker agieren, was zu erheblichen Nachteilen für die einheimische Bevölkerung führen kann. Eine umfassende Analyse der Löhne ist derzeit jedoch noch nicht möglich, da verlässliche Daten fehlen.

Zusätzlich wird oft auf Ressourcenkonflikte hingewiesen: Migranten konkurrieren um Wohnraum, Ausbildungsplätze sowie Gesundheits- und Transportdienstleistungen. Dies kann in Regionen mit hoher Zuwanderung zu spürbaren Herausforderungen führen, die Ressourcen im öffentlichen Bereich stark beanspruchen.

Trotz dieser Bedenken rät der IWF den Entscheidungsträgern in der Politik, den Zugang der Migranten zum Arbeitsmarkt zu erleichtern und gleichzeitig ausreichende öffentliche Dienstleistungen wie Schulen und Gesundheitsversorgung bereitzustellen, um Ressourcenkonflikte zu vermeiden.

Ein klarer Zusammenhang zeigt sich: Je mehr Menschen in die EU kommen, desto größer ist das Potenzial für wirtschaftliches Wachstum – solange die Integration der Zuwanderer gut gelingt. Die Frage bleibt jedoch, wie die zusätzlichen staatlichen Einnahmen durch die Zuwanderung sinnvoll genutzt werden, um die aktuelle Situation zu verbessern. Die gesamte Situation wird weiterhin von kontroversen Debatten begleitet, während der IWF die Politik dazu auffordert, die Chancen der Migration proaktiv zu nutzen.

Details	
Ort	EU, Europa

Details	
Quellen	• www.fr.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at